

Fraktion der SPD im Gemeinderat Schwetzingen

GR 17.12.2015 TOP 8 Erweiterung des städtischen Wohnungsbestandes

Durch das Flüchtlingsaufnahmegesetz ist eine Stadt wie Schwetzingen verpflichtet, im Jahr 2016 mindestens 54 Personen im Rahmen der Anschlussunterbringung aufzunehmen- in den Folgejahren mindestens ebensoviele.

Bei der Verteilung der Wohnungen muss auf eine gesunde Durchmischung geachtet werden, damit keine Ghetto-Bildung entsteht, eine dezentrale Anschlussunterbringung ist zu befürworten.

Und es muss umgehend gehandelt werden, da es in Schwetzingen keine freien städtischen Wohnungen gibt

Bezahlbarer Wohnraum muß geschaffen werden - das ist klar und zwar nicht nur für die Anschlussunterbringung der Flüchtlinge sondern auch für Langzeitarbeitslose, kinderreichen Familien , Alleinerziehende oder Rentner mit geringem Einkommen.

Zu wenig "bezahlbare" Wohnungen gab es schon bevor Flüchtlinge nach Deutschland kamen. Ganz einfach deshalb, weil über Jahre zu wenig gebaut wurden.

Laut Deutschem Mieterbund gab es vor 25 Jahren noch 4 Mio Sozialwohnungen, heute nur noch ein Drittel davon !

Die SPD-Fraktion befürwortet die Anmietung der beiden vorgeschlagenen Gebäude sowie die notwendige Personalaufstockung.

Sabine Rebmann